

„Ausgeglichener“ Haushalt

Zu unserer Berichterstattung über den Haushaltsplan der Stadt Unna erreichte uns folgende Leserzuschrift:

Durch das Covid-19-Isolierungsgesetz des Landes NRW kann Unna für 2021 einen „ausgegliehenen“ Haushalt planen, da corona-bedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen aus dem Haushalt herausgerechnet werden dürfen. Dadurch wird die bereits in der Gemeindeordnung NRW enthaltene optische Verschönerungspolitik fortgesetzt, da der Haushaltsausgleich (Erträge mindestens so hoch wie die Aufwendungen) unabhängig vom Schuldenstand definiert ist (§ 75/(2) GO NRW).

In den Haushaltsreden der sieben Ratsfraktionen vom 18.2.21 kommt das Wort „Schulden“ nur bei der FLU vor. Die Bankschulden der Stadt betragen Ende 2019 knapp 118 Mio. Euro.

Ursache der kommunalen Finanzmisere (nicht nur in Unna) ist die Bundespolitik, die die Kommunen überfordert bzw. unzureichend ausstattet (Unterkunftskosten bei Hartz IV, Einzahlungen in die Solidarpakte Ost 1990 - 2019, Ganztagsbetreuungen, Flüchtlingsversorgung, Senkung von Einkommenssteuer und Spitzensteuersatz). Lediglich die Grünen weisen in ihrer Haushaltsre-

de auf die Verletzung des Konnexitätsprinzipes (Kostenerstattung bei Aufgabenzuweisung) hin, aber keine der im Bundestag vertretenen Parteien im Unnaer Rat (SPD, CDU, Grüne, FDP, Linke) kündigt eine Initiative an, ihre Beziehung zum Bundestag zur Verbesserung der Kommunalfinanzen einzusetzen. Eine einfache Lösung wäre die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommenssteuer (von 15 %) und/oder der Mehrwertsteuer (von 2,2 %). So werden die Kommunen, „die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues“ (erster Satz der GO NRW) immer mehr zu Abhängigen am Tropf von Bund und Land. Nur die Linke machte mit ihrem (gescheiterten) Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer einen Versuch zur Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt.

Statt im Sinne der Glaubwürdigkeit der Parteien und der Demokratie den Bürgerentscheid zur Eissporthalle umzusetzen, werden (nach Angabe der FLU im HA vom 2.2.21) bis 2024 nur unzureichende 800.000 Euro eingeplant. In keiner der Haushaltsreden wurden die freiwilligen Leistungen der Stadt erwähnt. Diese lagen 2018 im Bereich von 16 Mio. Euro. In ihrer Umschichtung liegt eine weitere Möglichkeit zur Respektierung des Bürgerwillens zur Eissporthalle.

Wilhelm Hochgräber